

Bezirksamt Hamburg – Mitte
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit

Niederschrift
über die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses
beim Bezirksamt Hamburg – Mitte
am Montag, den 16. 03. 2009
im großen Sitzungssaal der Bezirksversammlung Hamburg - Mitte
Klosterwall 4, Cityhof Block B, 1. Stock, 20095 Hamburg

anwesende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Kahrs
Herr Bochnick
Frau v. Enckevort
Frau Hamester
Herr Herkenrath
Herr Ilcin
Frau Jeschkowski
Herr Jez
Herr Knode
Frau Meßinger
Herr Müller

anwesende beratende Mitglieder

Herr Dittmer
Herr Hartmann
Frau Dr. Körner
Herr Molkenthin
Herr Schöpe

anwesende Mitglieder des Ausschusses Soziales, Integration und Gesundheit
und der Bezirksversammlung

Herr Schmidt
Herr Stölting
Herr Dr. Osterburg
Herr Dr. Böttcher
Herr Lamberti
Herr Rollfs
Frau Detamble – Voss
Herr Meißner
Herr Patzer

für die Verwaltung

Herr Claus
Herr Poschinski
Frau Dr. Ruf

BesucherInnen

Neben vielen BesucherInnen sind auch zahlreiche VertreterInnen der Medien anwesend

Beginn der Sitzung 17. 00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende, **Herr Kahrs**, alle Anwesenden und bittet sie, angesichts des tragischen Todes der kleinen Lara, sich zu erheben und einen Moment innezuhalten.

Einzigiger Tagesordnungspunkt **Der tragische Tod von Baby Lara**

Herr Kahrs führt aus, dass der JHA das Jugendamt bei diesem tragischen Fall transparent und offen begleiten wird.

Es gehe derzeit darum, über den Sachstand informiert zu werden und noch nicht um Schuldzuweisungen.

Über diese Sondersitzung hinaus, wird der JHA sich mit den weiteren Ergebnissen öffentlich und regelmäßig auseinandersetzen.

Die Öffentlichkeit der Sitzung bedeutet nicht, dass hier alles öffentlich gesagt werden kann, sondern dass man zur Einhaltung des Sozialdatenschutzes dafür eine nicht – öffentliche Sitzung braucht.

Die Verwaltung wird gebeten, zu berichten was sie bisher im Fall Lara weiß und darzulegen, welche Sachverhalte bzw. Erkenntnisse sie derzeit noch nicht vorliegen hat. Ziel ist es, einen Empfehlungskatalog zu erarbeiten und ein geändertes Verfahren aus den Erkenntnissen zu entwickeln.

Frau Dr. Ruf erklärt:

Das Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit und besonders das Fachamt Jugend- und Familienhilfe des Bezirksamts Hamburg – Mitte sind tief betroffen über den Tod des Babys Lara.

Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen gab es seit über einem Jahr umfangreiche Betreuungsmaßnahmen für Lara, ihre Mutter und deren Lebensgefährten. Warum das Baby trotz dieser Hilfen verstorben ist und vor allem woran es verstorben ist, entzieht sich bisher unserer Kenntnis.

Dem Dezernat liegen bisher keine Hinweise darauf vor, dass es seitens des Jugendamtes Versäumnisse irgendwelcher Art gegeben hat – im Gegenteil. Die junge Familie hat die in solchen Fällen üblichen Hilfen vermittelt bekommen und diese angenommen.

Bitte verstehen Sie, dass wir hier nicht auf Einzelheiten eingehen können. Zum einen handelt es sich um ein laufendes Verfahren und zum andern ist der Schutz der Sozialdaten ein außerordentlich hohes Rechtsgut. Dieses Recht dürfen wir hier nicht brechen.

Wie im allgemeinen Hilfsmaßnahmen ablaufen und wie die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und den die Maßnahmen durchführenden Trägern erfolgt, kann Ihnen der stellvertretende Leiter des Jugendamtes, Herr Poschinski, darstellen.

Herr Poschinski ergänzt, dass Hilfen zur Erziehung immer eine Einzelfallentscheidung sind. Nach bisheriger Kenntnis waren im Fall Lara die Anforderungen erfüllt und Maßnahmen wurden rechtzeitig ergriffen. Der ASD stand mit dem Träger Rauhes Haus im Kontakt.

Die Betreuerin des Rauhen Hauses hat ihr Zeugnisverweigerungsrecht wahrgenommen, sodass von dort bisher keine genaueren Informationen vorliegen. Es muss das Ergebnis über die genaue Todesursache abgewartet werden, darüber hinaus kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr gesagt werden, da keine Aussagegenehmigung der Familie vorliegt.

Herr Schmidt (SPD) führt aus, dass es bei diesem tragischen Fall darum gehe, ihn mit Augenmaß zu behandeln, genau aufzuklären und notwendige Maßnahmen abzuleiten. Im Jugendamt habe man viel mit solchen Fällen zu tun, bei denen es darum gehe, die Balance zwischen Druck und Hilfe zu halten, damit sich die Familie nicht entziehe. Das Thema sei nicht geeignet für Parteienstreit und auch nicht das Ziel. Man habe die Wahrnehmung sei, dass von Seiten des Bezirksamtes Transparenz gegeben sei. Dieser Wunsch bestehe auch an das Rauhe Haus. Die Aussage zu verweigern sei das gute Recht von Mitarbeitern, auch wenn es nicht befriedigend sei.

Herr Herkenrath (CDU) erklärt, dass auch die CDU – Fraktion sehr betroffen über diesen Fall sei. Er könne nicht mit dem von Jessica verglichen werden, da die Familie die Hilfe angenommen habe. Die Mutter und ihr Lebensgefährte seien beide sehr jung und mit dem Kind aus Angst vor dem Jugendamt nicht zum Arzt gegangen. Wieso sei es nicht gelungen, der Mutter die Angst zu nehmen? Welche Vorgaben hatte die Betreuerin, die ihm leid tue, an das Jugendamt zu berichten? Welche Hinweise gab es von der Familie der Mutter an das Jugendamt? Aufgrund welcher Erkenntnisse wurde die Hilfe von 10 auf 5 Stunden reduziert?

Herr Knode (GAL) äußert, dass er selbst im ASD tätig sei und jeden Tag fachlich mit mit ähnlichen Familien zu tun habe. Er begrüße, dass das Bezirksamt offen und transparent mit diesem tragischen Fall umgehe und bedanke sich für die Informationen der Verwaltung. Wichtig sei dabei, dass das Jugendamt korrekt gearbeitet habe. Ärgerlich dagegen, dass in den Medien Vorverurteilungen vorgenommen würden. Die Forderung nach Rücktritt der Jugendamtsleitung sei unmöglich. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im ASD könnten bei den Anforderungen, die an sie gestellt würden, nicht alle Fälle im vollem Umfang alleine betreuen, sondern sind auf die Vergabe von Leistungen an Familienhilfeträger angewiesen.

Frau Detamble – Voss (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass es nicht Sache sei, auf Bezirksebene nach Schuldigen zu suchen. Sie habe sehr viel Mitgefühl für die Eltern, die ihr Kind verloren haben. Aus ihrer eigenen beruflichen Erfahrung, wisse sie, dass auch ältere Eltern Hilfe bei Kleinstkindern bräuchten. Das Angebot von Familienhebammen sei in diesen Fällen notwendig, zumal diese auch der Schweigepflicht unterlägen. Die Belastung im ASD sei u. a. durch Berichtspflichten und Bürokratismus sehr hoch.

Herr Patzer (FDP) erklärt, dass es in diesem bedauerlichen Fall zu keinen Vorverurteilungen kommen solle und er deshalb keine Forderungen stelle. In der Presse hätten sich die Großeltern von Lara über die familiären Verhältnisse ihrer Tochter und das Jugendamt geäußert. Die Familie sollte sich aber an erster Stelle um die Kinder selbst kümmern und nicht Schuldzuweisungen an Dritte richten.

Im Anschluss an die Statements der Fraktionen werden Fragen zum Fall an die Verwaltung gestellt. Daran beteiligen sich Herr Dr. Böttcher (CDU), Herr Dr. Osterburg (GAL), Herr Schmidt und Frau Detamble – Voss. In den Fragen geht es u. a. um

- Maßstäbe für die Anzahl von Betreuungsstunden
- Ernährungsberatung als ein Bestandteil in der Betreuung von Kleinkindern
- Vertretungsregelungen bei den BetreuerInnen der Träger
- Berichtspflicht und Einsicht in Trägerakten
- ASD – Ausstattung und Sachstand zu den 30 neuen ASD - Stellen

Abschließend führt **Herr Kahrs** aus, dass die Aufklärung in diesem Fall, die Diskussion über mögliche Schwachstellen und Lösungsansätze für ganz Hamburg wichtig sei. Deshalb geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Der JHA wird sich in den kommenden Sitzungen weiter mit dem Fall befassen.

Im Anschluss tagen die stimmberechtigten Mitglieder des JHA über den Fall Lara in nicht – öffentlicher Sitzung weiter.

Ende der Sitzung 19.00 Uhr

Für den Vorsitz
J. Kahrs

Für das Protokoll
A. Ahlers